Stadtvertretung Neubrandenburg

9. Juli 2015
Lip.

Niederschrift

über die 11. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 2. Juli 2015
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn:	15:05 Uhr		
Ende:	17:55 Uhr		
Unterbrechungen:	keine		
Anwesenheit:	Soll:	42	**Mitglieder der Stadtvertretung**
	Ist:	38	**Mitglieder der Stadtvertretung**
		90,48	**%**
Entschuldigt fehlten:	Ratsherr **Blasewitz** (fraktionslos) Ratsherr **Lundershausen** (DIE LINKE) Ratsfrau **Richter** (B90/Grüne_Piraten Ratsherr **Richter** (DIE LINKE)		
Unentschuldigt fehlten:	-		

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und des Stellvertreters:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister
Herr **Modemann**, 2. Stellvertreter

I. Eröffnung und Begrüßung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, eröffnet die 11. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

Ratsfrau Bittkau (SPD) nimmt im Präsidium Platz.

Auf Grund einer besonderen technischen Situation bittet Ratsfrau **Parlow** die Ratsfrauen und Ratsherren, die das Wort ergreifen wollen, sich mit Handzeichen zu melden. Das Mikrofon wir dann über das Studio zugeschaltet. Eine Rednerliste wird, soweit wie möglich, geführt.

II. Einwohnerfragestunde

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Frau **Muth**, Einwohnerin der Stadt Neubrandenburg, verweist darauf, dass auf der offiziellen Internetseite der Stadt Neubrandenburg zum Nemerower Holz zu lesen ist: Im „nordicfitnesspark" Nemerower Holz finden Sie optimale Bedingungen für eine aktive Freizeitgestaltung. Die ausgewiesenen Strecken sind in ein vorhandenes Wanderwegenetz eingebunden, welches zum größten Teil naturnah erschlossen, das heißt kaum aufwändig ausgebaut ist.

Fragen:

1. Ist der Verwaltung und der Stadtvertretung der momentane Zustand des Wegenetzes im Nemerower Holz bekannt? Er ist wie folgt zu beschreiben.
   - Die Wege sind durch Forstfahrzeuge auf vielen Abschnitten stark in Mitleidenschaft gezogen
   - tiefe Furchen durch Reifenspuren, Bildung von Fahrrinnen und Vertiefungen, in denen das Wasser steht
   - bestehende Unfallgefahr durch quer über den Wegen liegenden Holzreste und Stämme bis hin zur Nichtnutzbarkeit der Wege
   - stolpernd, rutschend, umknickend kann man sich vorwärts bewegen, heißt, es besteht eine hohe Unfallgefahr
   - mitten in der Hauptsaison ist der Weg an einigen Stellen zwar provisorisch gesperrt, was aber nicht die Lösung sein kann

   die Wege gehören zur touristischen Attraktion von Neubrandenburg und sind zurzeit in einem erbarmungswürdigem Zustand

   (Frau Muth übergibt eine Bilddokumentation)
2. Welche Maßnahmen sind durch wen geplant, um das Wegesystem wieder nutzbar zu machen?
3. In welchem Zeitrahmen sollen die Arbeiten erfolgen?
4. Wer trägt die Kosten für die Wiederherstellung der Wege?
5. Welche Möglichkeiten gibt es für die Zukunft, die Nordic-Walking-Strecke und die zu benutzenden Wege für den Holzeinschlag zu trennen?

Die Fragen von Frau Muth werden schriftlich beantwortet.

Weitere Fragen von Einwohnern der Stadt Neubrandenburg liegen nicht vor. Ratsfrau **Parlow** schließt die Einwohnerfragestunde.

III. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- **Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung**
- **Feststellung der Anwesenheit**

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang 24. Juni 2015). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt (37 Ratsfrauen und Ratsherren sind anwesend), die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

Als neues Mitglied in der Stadtvertretung begrüßt Ratsfrau **Parlow** Ratsherrn Dr. Northoff (SPD). Die Verpflichtung entsprechend KV M-V habe Ratsfrau Parlow bereits vorgenommen.

IV. Beschluss über die Niederschrift der 10. Sitzung der Stadtvertretung am 13. Mai 2015

Abstimmung: Die Niederschrift der 10. Sitzung der Stadtvertretung am 13. Mai 2015 wird mehrheitlich bestätigt.

V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VI/294 Informationsvorlage
Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

VI. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne_Piraten) bezieht sich auf den Beschluss aus der letzten Stadtvertretung zur Radverkehrssituation Woldegker Straße. Die anwesenden Vertreter der DEGES und des Straßenbauamtes hatten zugestanden, dass die Situation nicht optimal sei und hatten versprochen zu prüfen, in welcher Form Veränderungen möglich sind.
Frage: Gibt es hierzu eine Information seitens dieser Behörden?

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert über den Inhalt des vorliegenden Schreibens der DEGES: Das Befahren des Gehweges der Nordrampe durch Radfahrer wird aus Gründen der Sicherheit (Steigung, Gefälle, bauliche Breite) abgelehnt. Der Damm der Behelfsumfahrung wird nicht verbreitert. Die von dem größten Teil der Radfahrer schon heute genutzte Alternative über den Mühlendamm wird als Umleitungsstrecke ausgeschildert.

Ratsherr **Gille** (SPD) wolle alle Einwohner, besonders die Jugend unserer Stadt, zu wesentlich mehr Sauberkeit und Ordnung auf den öffentlichen Flächen in unserer Stadt auffordern. Begründet durch eine Reise nach Dresden und eine Stadtführung, auch zu großen Grünflächen an der Elbe, sei ihm bewusst geworden, dass in anderen Städten die Einwohner und auch die Jugend von sich selbst aus wesentlich mehr Sauberkeit und Ordnung halten als in unserer Stadt. Nach Feierlichkeiten würde der Müll selber weggeräumt werden. Unrat, auch Scherben, blieben hier am Strand liegen und würden vom Verursacher nicht beseitigt, was eine Verletzungsgefahr bedeutet. Ältere Einwohner sollten mutiger auf die Jugend zugehen und sie auf die Müllbeseitigung hinweisen. Neubrandenburg müsse wieder eine richtig saubere Stadt werden. Auch bitte er die Medien, seine Bitte an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Hinweise werden aufgenommen, sagt Herr **Witt** zu. Die Aufforderung nur auf eine Zielgruppe Jugend zu beschränken, erachte er nicht für gut. Eine Wirkung würde erzielt, wenn es als Konsens für alle Altersschichten formuliert wird. Es sei kein generelles Jugendproblem.

VII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, informiert, dass es zur Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung folgende Änderungen gibt:

Der Oberbürgermeister beantragt die <u>Erweiterung</u> der Tagesordnung im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung um die Vorlage

VI/306 **Gewährung eines Darlehens des Eigenbetriebes Städtisches Immobilien management an die Stadt Neubrandenburg zur Liquiditätsverbesserung aus Mitteln nach dem LNOG M-V**

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, begründet die Dringlichkeit:
Vor kurzem informierte der Landkreis über die Zahlung der LNOG-Mittel zum 30.06.2015. Die liquiditätsverbessernde Verwendung der LNOG-Mittel bei der Stadt ist im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Städtisches Immobilienmanagement im Vorbericht aufgeführt. Der Haushalt der Stadt 2015 wurde bereits genehmigt. Aufgrund von nicht durch den Eigenbetrieb zu vertretenden Umständen (fehlende Zuarbeit anderer Referate) ist der Wirtschaftsplan SIM noch nicht genehmigt worden.
Um der Stadt die LNOG-Mittel so schnell wie möglich zukommen zu lassen und somit den Zinseinsparungseffekt so groß wie möglich zu halten, ist eine Entscheidung in der heutigen Stadtvertretung unbedingt erforderlich.

Des Weiteren bittet der Oberbürgermeister um Streichung des

TOP 2 Wahl der/des zweiten Stellvertreterin/Stellvertreters des Oberbürgermeisters

von der heutigen Tagesordnung:

Herr **Witt** gibt folgende Begründung:
Für den Fall, dass der derzeitige zweite Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Peter Modemann, in der Sitzung der Stadtvertretung heute zum Beigeordneten gewählt werden sollte, endet sein Ehrenamt als zweiter Stellvertreter erst mit der Ernennung durch die Stadtvertretung zum Beigeordneten. Der Ernennungsbeschluss zum Beigeordneten darf durch die Stadtvertretung jedoch erst gefasst werden, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde der Wahl nicht innerhalb einer Frist von 6 Wochen widerspricht. Aus diesem Grund halte er es für angezeigt, eine möglicherweise notwendig werdende Wahl der zweiten Stellvertreterin/des zweiten Stellvertreters des Oberbürgermeisters in der nächsten regulären Sitzung der Stadtvertretung am 10.09.2015 durchzuführen, da für diese Sitzung auch die Beschlussfassung zur Ernennung des Beigeordneten vorgesehen ist.

Außerdem wird Rederecht beantragt für den

TOP 14 VI/276 Auflösung der Stadtentwicklungsgesellschaft Neubrandenburg mbH

für den Geschäftsführer Herrn **Hanson** sowie für den

TOP 29 VI/274 Vorgezogene Gewinnausschüttung der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH für das Geschäftsjahr 2014

für den Geschäftsführer Herrn **Meyer.**

Des Weiteren schlägt Ratsfrau Parlow vor, die TOP **15 und 16** (B-Plan Nr. 3 „Eschengrund/Trockener Weg"), **18 und 19** (B-Plan Nr. 109 „Kleine Fischerstraße"), **23 und 24** (Gebührenkalkulation/Gebührensatzung Regionalbibliothek) sowie **32 bis 51** (Informationsvorlagen bzw. Feststellungen zum Jahresabschluss 2011) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung: Der Erweiterung der Tagesordnung wird mehrheitlich zugestimmt.

Ratsfrau Parlow schlägt vor, die Vorlage VI/306 als TOP 53 nach dem TOP 12 zu behandeln.

Abstimmung über das Rederecht für Herrn Hanson und Herrn Meyer: Dem Rederecht wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung: Die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

VIII. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 1 Wahl der/des Beigeordneten der Stadt Neubrandenburg

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, gibt folgende Erläuterungen. Beigeordnete müssen die für ihr Amt erforderliche Eignung, Befähigung und Sachkunde besitzen. Den Mitgliedern der Stadtvertretung ist Gelegenheit gegeben worden, rechtzeitig vor der Wahl die Bewerbungsunterlagen aller zur Wahl stehenden Personen einzusehen.

Für die Wahl der/des Beigeordneten der Stadt Neubrandenburg liegen drei Bewerbungen vor. In alphabetischer Reihenfolge sind das:
Herr Michael **Hinzer**
Herr Peter **Modemann**
Frau Anja **Schewe**

Weitere Vorschläge liegen nicht vor. Die Kandidatenliste wird geschlossen.

Alle drei Bewerber befinden sich im Saal und stellen sich den Mitgliedern der Stadtvertretung vor.

Zunächst stellt sich Herr Michael **Hinzer** vor und legt seine Motivation und seine persönlichen Voraussetzungen dar: „Geboren wurde ich 1958 in Zwickau. Meine Kindheit und einen Großteil meines Lebens verbrachte ich in Karl-Marx-Stadt bzw. Chemnitz. Nach dem Abitur begann ich ein Studium an der Offiziershochschule der Landstreitkräfte in Löbau. Die Ausbildung zum Panzeroffizier schloss ich als Hochschulingenieurökonom ab. Sechs Jahre diente ich im Mot-Schützenregiment 7 in Marienberg im Erzgebirge. Zuerst als Zugführer, dann als Kompaniechef und zuletzt als Stellvertreter des Kommandeurs und Stabschef des Panzerbataillons. Als erster Stellvertreter des Kommandeurs war ich verantwortlich für alle organisatorischen Belange des Bataillons. Mit Mitte zwanzig hatte ich Verantwortung für ca. 200 Armeeangehörige. Selbstverständlich sind Führungserfahrungen in einer Armee, die im Wesentlichen auf Zwang und Gehorsam ausgerichtet ist, nicht mit den Anforderungen an einen Beigeordneten vergleichbar. Doch auch als Vorgesetzter in der NVA war es notwendig, Verantwortung zu übertragen und zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen, Prioritäten zu setzen und Abläufe zu organisieren. Die Erfahrungen, die ich in dieser Zeit machte, positive und negative, haben mir viel für mein weiteres Leben gegeben. 1987 begann ich ein weiterführendes Studium an der Militärakademie der Panzertruppen in Moskau. Eine Zeit, die ich nicht missen möchte. Im Sommer 1990 brach ich mein Studium in Moskau ab, da mir nach den Volkskammerwahlen im März klar war, dass ich mein Studium auf keinen Fall wie geplant im Sommer 1991 beenden würde. Ich fasste den Entschluss, meinen Dienst in der NVA zu beenden und einen beruflichen Neuanfang zu wagen. So begann ich im September 1990 eine Umschulung, die ich 1993 mit einem IHK-Abschluss als Datenverarbeitungskaufmann beendete.

Seitdem war ich die meiste Zeit als Einkäufer bzw. Leiter Einkauf tätig. Von 1999 bis 2001 war ich Wahlkreismitarbeiter eines Landtagsabgeordneten. Die zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit nutzte ich für meine berufliche Weiterbildung. 2003 entschloss ich mich, Chemnitz zu verlassen. Nach einem kurzen beruflichen Zwischenhalt in Thüringen bin ich mittlerweile seit fast 11 Jahren Leiter Einkauf im Betonwerk in Möllenhagen. Zusammen mit meinen 5 Mitarbeitern verantworte ich neben dem Einkauf alle Bereiche der Materialwirtschaft.
Neben meiner beruflichen Tätigkeit war ich immer ehrenamtlich aktiv. Zum einen in verschiedenen Funktionen in meiner Partei. Zurzeit bin ich Vorsitzender des Stadtverbandes und Mitglied im Landesausschuss der Linken. Natürlich kann sich auch ein Beigeordneter parteipolitisch engagieren. Doch bin ich der Meinung, dies sollte nicht unbedingt eine herausgehobene Position sein. Deshalb werde ich, so Sie mich wählen, im Herbst bei den Vorstandswahlen nicht mehr als Vorsitzender kandidieren. Gerne erinnere ich mich an die Zeit in Chemnitz, als ich als Vereinsvorsitzender, gemeinsam mit am Anfang nur 7 Mitstreitern, innerhalb weniger Jahre ein Soziokulturelles Zentrum aufbaute und ich bin stolz, dass das Querbeet immer noch gute Arbeit leistet. Schon in Chemnitz engagierte ich mich im Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschuss und bin jetzt schon seit über 5 Jahren im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss als sachkundiger Einwohner aktiv. Ich finde es sehr spannend, damit an der weiteren Entwicklung unserer Heimatstadt teilzuhaben. Ich möchte mich einer neuen beruflichen Herausforderung stellen. Ich bin überzeugt, auch auf Grund meiner unterschiedlichen beruflichen Erfahrungen, als Beigeordneter gute Arbeit zu leisten.
Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Im Gegensatz zu meinen beiden Mitbewerbern bin ich kein Jurist und ich habe auch keine Erfahrung als Verwaltungsbeamter. Ein Nachteil? Ich bin mir da nicht so sicher. Warum hat der Gesetzgeber Beigeordnete als Wahlbeamte auf Zeit eingeführt? Ich denke, es geschah im Interesse der Stadt und auch der Verwaltung, Menschen von außerhalb der Verwaltung, ob Verwaltungsbeamte oder nicht, eine Chance zu geben, neue Sichtweisen und Ideen einzubringen. Meine Damen und Herren, hier bin ich zu Hause, ich kenne die Stadt und will sie mitgestalten. Geben Sie mir diese Chance".

Für Ratsherrn **Albrecht** (SPD) sei es eine Grundüberzeugung, dass Menschen sich ändern können. Er schätze das Engagement von Herrn Hinzer. Zu DDR-Zeiten sei er Offizier der NVA gewesen, hatte seine Waffen auf das politische System gerichtet, für das er sich jetzt um ein besonderes Amt bewerbe. Ratsherr Albrecht sei zu der Zeit Bausoldat gewesen und habe mit dieser Berufsgruppe andere Erfahrungen gemacht.
Warum jetzt die Bewerbung um ein Amt, dass er vor 25 Jahren bekämpfen wollte?

Ratsherr Albrecht hätte schon gesagt, dass Menschen eine Entwicklung nehmen, so Herr **Hinzer**. Vor allem die Zeit in Moskau hätte er genutzt, über vieles nachzudenken. So sei zum einen der Entschluss gereift, nicht mehr als Militär zu arbeiten und sich beruflich umzuorientieren. Auch habe er sich intensiv mit und seinem Handeln in der DDR beschäftigt. Das habe ihn angetrieben, sich in dieser demokratischen Gesellschaft zu engagieren. Dass er auch jetzt noch andere Vorstellungen als andere habe, gehöre zu einer politischen Landschaft dazu. Und dass er zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung in diesem Land stehe, sei unstrittig. Dafür stehe er und werde sich einsetzen.

Anschließend stellt sich Herr Peter **Modemann** vor: Er ist 54 Jahre alt, verheiratet und hat eine 10-jährige Tochter. Zu seiner Verwaltungserfahrung wolle er den Abriss geben, was er seit 1992 hier in der Stadt bisher für Arbeiten und Verantwortungen übernommen habe. Er sei 1992 in die Stadt Neubrandenburg gekommen als Angestellter im Justiziariat und habe dort im wesentlichen Planungsumweltrecht gemacht. 1997 sei er in das Liegenschaftsamt als Leiter versetzt worden. Dort war auch das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen angegliedert worden.

Im Rahmen des Aufbaus des heutigen SIM (damals ZIM) ist dieses dem Baudezernat angegliedert worden. Den damaligen Baudezernenten habe er gegen Ende auch immer wieder vertreten. 2005 habe er die Leitung der Abteilung Recht und Personal übernommen. Seit 2009 leite er den Fachbereich 3, Sicherheit und Ordnung, und er habe kurz darauf von der Stadtvertretung die Verantwortung als 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters im Ehrenamt übertragen bekommen.
In der Vergangenheit seien in seinem Aufgabenbereich immer auch sehr viele Angestellte und Beamte (gegenwärtig 175) gewesen. D. h. eine Leitungserfahrung und Verwaltungserfahrung könne ihm mit Sicherheit deswegen unterstellt werden.
Im Ehrenamt habe er in der Stadt seit Anfang im Dreikönigsverein mitgearbeitet und sei von 1998 bis 2005 ehrenamtlicher Geschäftsführer des Dreikönigsvereins gewesen. Als seine Tochter geboren wurde, habe er sich aus dieser Funktion zunächst zurückgezogen. Seit einigen Jahren sei er Mitglied in der AWO. Er habe die Führung des T.O.N.I Club übernommen und in Kooperation mit der AWO sei das eine oder andere realisiert worden. Seit kurzem sei er auch Gründungsmitglied und Vorsitzender des RWN Art, ein Verein zur Förderung moderner Kunst auf dem RWN Gelände.
Im jetzigen Ehrenamt als 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters habe er sehr viele Erfahrungen in der Repräsentation der Stadt in verschiedenen Situationen üben können. Er denkt, dass er beweisen könne, dass er dies auch in Zusammenarbeit mit unseren Partnerstädten sehr wohl vermag. Insgesamt hoffe er, der Stadtvertretung mit dieser knappen Vorstellung (da die Stadtvertretung ihn seit langem kenne) dargelegt zu haben, dass Eignung, Befähigung und Sachkunde für das hohe Amt des Beigeordneten in dieser Stadt bei ihm vorhanden seien.
Herr Modemann würde sich gerne mit Stolz und mit aller Kraft für dieses Amt einsetzen und sein ganzes Herzblut dareinsetzen für Neubrandenburg.

Ratsherr **Albrecht** schätze Herrn Modemann und habe Respekt vor seiner Arbeit. Gerade darum habe er einige Fragen. Herr Modemann wolle nun sozusagen auf die andere Seite der Stellvertretung „rutschen" – in ein Wahlverhältnis. Im Nordkurier sei zu lesen gewesen, dass Herr Modemann sich bei seiner Bewerbung als der Kandidat der Verwaltung sehe. Nun sei er der Kandidat der CDU. Die Öffentlichkeit habe sehr wohl wahrgenommen, dass die CDU mit einigen Stimmen große Probleme hatte, das OB-Wahlergebnis zu akzeptieren. Deshalb zwei Fragen:

- Warum der Wechsel vom Kandidaten der Verwaltung zum Kandidaten der CDU?
- Wie sehen Sie zukünftig Ihre Aufgabe, dann mehr partei- und wahlgestützt, in der Zusammenarbeit mit OB und Stadtvertretung?

Herr **Modemann** betont, dass er Fachbereichsleiter sei und im Ehrenamt die 2. Stellvertretung des Oberbürgermeisters als Abwesenheitsvertreter übernommen habe. Die Bewerbung sei in der Presse nicht korrekt wiedergegeben. Die Stadtverwaltung habe kein Vorschlagsrecht. Er habe damit zum Ausdruck bringen wollen, dass er als Vorschlag aus der Verwaltung heraus, d. h. sich als eine Verwaltungsinternlösung verstehe. Er habe sich mit der CDU-Fraktion und Herrn Schmidt auseinandergesetzt. Am Ende sei einvernehmlich die jetzige Lösung gefunden worden. Die CDU-Fraktion habe ihn als ihren Kandidaten bestimmt. Die OB-Wahl müsse er nicht kommentieren.
Zur Stadtvertretung habe er ein sehr gutes Verhältnis. Er habe immer eine offene Bürotür. Jeder, der vorbei kam und Fragen hatte, habe diese ordnungsgemäß beantwortet bekommen. Und wenn er Vorschläge hatte, habe er diese auch gegeben. Er sei nicht angetreten, um zu sagen, wir machen die große alleinige Parteipolitik.
Die Verwaltung bereitet der Stadtvertretung Vorschläge vor, über die die Stadtvertretung zu entscheiden habe (das Planungsrecht liege bei der Stadtvertretung und auch das höchste Recht, das Finanzrecht/Budgetrecht, liege in der Stadtvertretung).

Formalrechtlich wolle Ratsfrau **Parlow** darauf hinweisen, dass Bewerbungen von Kandidaten vorliegen. Dass die Personen parteipolitischen Lagern zugeordnet werden können, sei eine andere Frage.

Weiter stellt sich Frau Anja **Schewe** vor: „Für die Einladungen und die Möglichkeit der direkten Vorstellung - an dieser Stelle noch einmal - ein herzliches Dankeschön. Für alle die im Saal, die mich noch nicht näher kennen, ein paar Eckdaten zu meiner Person. Mein Name ist Anja Schewe. Ich bin 37 Jahre alt, ledig, bin geborene Mecklenburgerin und seit mehr als 7 Jahren Einwohnerin von Neubrandenburg. Von Beginn an habe ich mich in dieser Stadt sehr wohl und willkommen gefühlt. Neubrandenburg ist zu meiner Heimat geworden. Seit mehreren Jahren bin ich für die SPD politisch tätig. So war ich zunächst sachkundige Einwohnerin der Stadt und in dieser Funktion auch Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses. Zudem war ich in der letzten Wahlperiode Kreistagsmitglied und in dieser Funktion im zeitweiligen Ausschuss für Erneuerbare Energien sowie im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz. Aktuell bin ich, wie Ihnen bekannt ist, Ratsfrau und derzeit im Finanzausschuss tätig. Im meiner Freizeit betätige ich mich sportlich aktiv beim SCN in der Sektion Drachenboot und unterstütze als Vorstandsmitglied den Verein der Integrierten Gesamtschule in Neubrandenburg. Ich habe das Studium der Rechtswissenschaften erfolgreich absolviert und mit dem zweiten Staatsexamen die Befähigung zum Richteramt erlangt. Damit besitze ich die für die Stelle des ersten Beigeordneten geforderte Befähigung. Zudem habe ich eine Weiterbildung im Bereich des Personalmanagements absolviert, die auch den theoretischen Teil des Fachanwalts für Arbeitsrecht beinhaltete, sodass ich die Grundlagen einer ordentlichen Personalarbeit und Personalführung erlernt habe. Beruflich bin ich seit 2010 bei den Neubrandenburger Stadtwerken als Justiziarin tätig. Mein Arbeitsgebiet umfasst, da es sich bei den Stadtwerken um ein Tochterunternehmen der Stadt handelt, auch kommunalrechtliche Fragestellungen und Bezüge, die mir beim Amt der ersten Beigeordneten zu Gute kämen. Nun aber zu der Frage, die Sie alle wohl am meisten interessiert: Warum habe ich mich auf die Position der ersten Beigeordneten beworben?
Nachdem Herr Oppermann bedauerlicherweise sein Amt nicht angetreten hat, stellte sich für mich, wie auch für viele anderen die Frage, wie es nun weitergeht. Von dieser Frage ausgehend bin ich zu der Frage gelangt, wie es am besten für Neubrandenburg weitergehen sollte. Mit der Wahl des Oberbürgermeisters Herrn Witt haben die Bürger Neubrandenburgs ein deutliches Signal des Wunsches von Veränderung und Neuerung gesetzt. Dies sollte mit der Besetzung des Amtes des ersten Beigeordneten fortgesetzt werden. Nach meiner Ansicht ist es zudem Zeit, diese Stelle mit einer Frau zu besetzen. Herr Witt hat sich für seinen Wahlkampf das Wort „verbindlich" als Kredo für sein zukünftiges Handeln verwandt. Mein Leitgedanke und Schlagwort ist in Anlehnung daran das Wort „verbindend". Als erste Beigeordnete werde ich die feste Brücke zwischen Stadtvertretung und Stadtverwaltung sein, um das Verständnis zwischen diesen Partnern zu stärken. Als Ratsfrau weiß ich, wie schwer es ist, neben den täglichen Verpflichtungen im Arbeits- und Familienleben, die gemeinnützige Arbeit als Stadtvertreterin bzw. Stadtvertreter zu bewerkstelligen - insbesondere die Vielzahl der eingebrachten Unterlagen angemessen zu bearbeiten und zu besprechen. Ich sichere Ihnen zu, Sie als erste Beigeordnete zu unterstützen und Ihnen mit konstruktivem Rat, verständlichen Erklärungen und Hilfestellung zur Seite zu stehen. Dabei werde ich eng mit dem Oberbürgermeister, der Stadtpräsidentin und den Stadtvertretern zusammenarbeiten und Sachentscheidungen vor Parteipolitik stellen. Ich möchte den diskursiven Prozess bis hin zur Entscheidungsfindung fördern, Neubrandenburg aktiv mitgestalten und die Potenziale dieser Stadt wirkungsvoll, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger nutzen und ausschöpfen, damit Neubrandenburg eine lebens- und liebenswerte Stadt ist und bleibt. Erfahrungen sammelt man nur durch Erfahren, dies setzt jedoch ein voran stehendes Vertrauen voraus. In diesem Sinne danke ich der Fraktion der SPD sowie dem Ortsverein für das mir entgegengebrachte Vertrauen bei der Kandidatenwahl und die bis heute anhaltende

Unterstützung, die mir gewährt wurde. Wenn Sie mich wählen, gewinnen Sie und die Stadt Neubrandenburg eine motivierte und engagierte erste Beigeordnete, die sich der mit dem Amt verbundenen Verantwortung bewusst ist und langfristig, auch über eine Wahlperiode hinaus, ihr Bestes für Neubrandenburg geben wird".

Frau Schewe sei parteilos, von der SPD nominiert, bemerkt Ratsherr **Albrecht.** Er würde gern etwas hören zu den Loyalitäten zwischen Oberbürgermeister, Stadtvertretung und Partei.

Wie bereits ausgeführt, sei das Kredo von Frau **Schewe**, Sachentscheidung vor politische Interessen zu stellen. Sie werde bemüht sein, in der Diskussion und in Gesprächen Ungereimtheiten auszuräumen und zu einem Konsens zu kommen.

Die Wahl erfolgt gemäß § 40 Abs. 5 Satz 1 i. V. mit § 40 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V, erklärt Ratsfrau **Parlow**. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen aller Mitglieder der Gemeindevertretung erhält. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so wird über dieselben Personen erneut abgestimmt. Erhält auch dann niemand die erforderliche Mehrheit, so ist die Wahl in einer späteren Sitzung zu wiederholen, wenn nur eine Person zur Wahl stand (das sei hier nicht der Fall). Bei zwei oder mehr Personen, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Personen mit der höchsten Stimmenzahl statt, bei der gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) beantragt geheime Wahl.

Ratsfrau **Parlow** übergibt dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes, Ratsherrn **Kowalick** (DIE LINKE), das Wort.

Ratsherr **Kowalick** erläutert das Wahlprozedere. Die genannten Kandidaten werden auf dem Stimmzettel alphabetisch angeordnet. Jeder hat eine Stimme. Sind mehrere Stimmen enthalten, ist der Stimmzettel ungültig.

Gewählt im 1. Wahlgang ist, wer 22 Stimmen erhält. Wenn kein Bewerber 22 Stimmen erreicht hat, ist ein 2. Wahlgang mit denselben Bewerbern erforderlich.

Die Wahl erfolgt im Raum 095. Es sind die Kugelschreiber, die sich in den Wahlkabinen befinden, zu nutzen.

Der Wahlvorstand und das Präsidium hätten sich verständigt, dass während der Auszählungen – gilt auch für den TOP 3 - die Sitzung fortgeführt wird *(das wird in der Niederschrift nicht gesondert dargestellt).*

Der 1. Wahlgang ist eröffnet.

Ratsherr **Kowalick** gibt das Ergebnis des 1. Wahlganges bekannt (Anlage 2).

38 anwesende Mitglieder der Stadtvertretung

Gewählt haben:	38 Mitglieder der Stadtvertretung
Gültige Stimmen:	37
Ungültige Stimmen:	1

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Herr Michael **Hinzer**:	10 Stimmen
Herr Peter **Modemann**:	13 Stimmen
Frau Anja **Schewe**:	14 Stimmen.

Damit habe keiner der 3 Kandidaten die erforderliche Mehrheit von 22 Stimmen erreicht, so Ratsherr **Kowalick**, und es ist ein 2. Wahlgang mit denselben 3 Kandidaten erforderlich.

Der 2. Wahlgang ist eröffnet.

Ratsherr **Kowalick** gibt das Ergebnis des 2. Wahlganges bekannt (Anlage 3).

38 anwesende Mitglieder der Stadtvertretung
Gewählt haben: 38 Mitglieder der Stadtvertretung
Gültige Stimmen: 38
Ungültige Stimmen: keine

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:
Herr Michael **Hinzer**: 8 Stimmen
Herr Peter **Modemann**: 16 Stimmen
Frau Anja **Schewe**: 14 Stimmen.

Somit mache sich ein 3. Wahlgang mit den beiden Bewerbern, Herrn Peter Modemann und Frau Anja Schewe, erforderlich, da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hat, informiert Ratsherr **Kowalick**. Jeder hat 1 Stimme. Bei mehr Stimmen ist der Stimmzettel ungültig, keine Stimme sei eine Enthaltung. Gewählt ist derjenige, der mehr Stimmen hat als der andere.

Der 3. Wahlgang ist eröffnet.

Ratsherr **Kowalick** gibt das Ergebnis des 3. Wahlganges bekannt (Anlage 4).

38 anwesende Mitglieder der Stadtvertretung
Gewählt haben: 38 Mitglieder der Stadtvertretung
Gültige Stimmen: 38
Ungültige Stimmen: keine

Es entfielen auf

Herrn Peter **Modemann** 25 **Stimmen**
Frau Anja **Schewe** 13 **Stimmen**

Somit ist als Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters Herr Peter Modemann mit 25 Stimmen gewählt.

Herr **Modemann** nimmt die Wahl an. Er freue sich sehr auf die Herausforderung, mit der Stadtvertretung gemeinsam zu arbeiten.

Die Stadtpräsidentin und der Oberbürgermeister gratulieren Herrn Modemann. Die Fraktionen schließen sich den Glückwünschen an.

Beschlussnummer: 184/11/15

TOP 3 **VI/299** Änderung des Beschlusses 2/01/14
Wahl der Stellvertreter der Stadtpräsidentin der Stadtvertretung Neubrandenburg
Einreicher: Fraktion der SPD

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) beantragt geheime Wahl.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, fragt nach weiteren Vorschlägen neben dem in der Vorlage genannten Bewerber.

Weitere Vorschläge gibt es nicht. Die Kandidatenliste wird geschlossen.

Der Vorsitzende der Wahlkommission, Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) erläutert das Wahlprozedere. Jeder hat eine Stimme. Auf dem Stimmzettel ist aufgeführt: dafür/dagegen. Gewählt ist der Bewerber, wenn er mehr Dafürstimmen als Dagegenstimmen hat.

Die Wahl ist eröffnet.

Ratsherr **Kowalick** gibt das Ergebnis der Wahl bekannt (Anlage 5).

38 anwesende Mitglieder der Stadtvertretung
Gewählt haben: 38 Mitglieder der Stadtvertretung
Gültige Stimmen: 35
Ungültige Stimmen: 3

Das Ergebnis lautet: 18 Dafürstimmen und 17 Dagegenstimmen.

Damit ist Ratsherr Dr. Roman Oppermann als Stellvertreter der Stadtpräsidentin gewählt.

Ratsherr **Dr. Oppermann** nimmt die Wahl an.

Beschlussnummer: 185/11/15

TOP 4 **VI/300** Bildung einer Lenkungsgruppe zur Begleitung des beratenden Beauftragten
Einreicher: Fraktion der CDU
Fraktion DIE LINKE
Fraktion der SPD
Fraktion B90/Grüne_Piraten

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, bittet folgende Namen nachzutragen:

Fraktion der SPD:
Mitglied: Frank **Münzberger**
Stellvertreterin: Babette **Erb**

Fraktion B90/Grüne_Piraten:
Mitglied: Dr. Rainer **Kirchhefer**
Stellvertreterin: Franziska **Richter**

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **176/11/15**

TOP 5 **VI/302** Ja zum Volksentscheid über das Gesetz zur Aufhebung der mit dem Gerichtsstrukturneuordnungsgesetz beschlossenen Änderungen – Für eine hohe Beteiligung am Volksentscheid werben
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
Fraktion der CDU
Fraktion der SPD
Fraktion B90/Grüne_Piraten

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, informiert, dass der Fraktionsvorsitzende der Fraktion B90/Grüne_Piraten die Vorlage im Original unterzeichnet hat.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **177/11/15**

TOP 6 **VI/286** Änderung des Beschlusses 18/02/14
Besetzung des Aufsichtsrates der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH
Einreicher: Fraktion der SPD

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **178/11/15**

TOP 7 **VI/287** Änderung des Beschlusses 3/01/14
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Einreicher: Fraktion der SPD

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **179/11/15**

TOP 8 **VI/288** Änderung des Beschlusses 4/01/14
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Finanzausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Einreicher: Fraktion der SPD

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **180/11/15**

TOP 9 **VI/289** Änderung des Beschlusses 5/01/14
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Immobilienmanagement
Einreicher: Fraktion der SPD

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **181/11/15**

TOP 10 **VI/290** Änderung des Beschlusses 7/01/14
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V
hier: Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss, Kulturausschuss
Einreicher: Fraktion der SPD

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **182/11/15**

TOP 11 **VI/291** Änderung des Beschlusses 9/01/14
Besetzung der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für die Sparkasse Neubrandenburg-Demmin für die Kommunalwahlperiode 2014-2019
Einreicher: Fraktion der SPD

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **183/11/15**

TOP 12 **VI/285 NEU** Änderung des Beschlusses 142/08/15 vom 26.03.2015
Vergabeordnung der Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Fraktion der CDU

Eingangs seines Wortbeitrages zur Vergabeordnung informiert Ratsherr **Schwanke** (CDU) über ein Erlebnis, das er als Fußgänger (sonst sei er ja Autofahrer) auf dem Weg von Broda zum Bootshaus über die Oberbachbrücke hatte. Der See sei wie ein Spiegel gewesen und wenn jemand ein Paradies sucht, das sei für ihn paradiesisch. Neubrandenburg sei eine Reise wert.

Mit der heutigen Beschlussvorlage sei seit dem 26.03. ein neuer Anlauf in Arbeit. Die Vergabeordnung sei überarbeitet, angepasst und aktualisiert worden. Mit dem Änderungsantrag, der in die Stadtvertretung kam, wurde vorgeschlagen, nur noch öffentliche Aufträge mit der Zusage, nur noch Tariflöhne zu zahlen, zu vergeben. Das könne aus seiner Erfahrung als Arbeitgeber und in Kenntnis aller Zusammenhänge nicht sein. Darüber müsse diskutiert, und wenn es möglich ist, verändert werden. In den Ausschussdiskussionen in den letzten Wochen, mit wie viel Unkenntnis Aussagen getroffen wurden, könne man teilweise auch verstehen, wie so etwas entsteht. Die Diskussion sei teilweise weit weg von dem Thema, um was es tatsächlich geht, gewesen.
Die Vorlage sei begründet und zusammen mit der Rechtsabteilung und im Hauptausschuss besprochen.
Um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen, erklärt Ratsherr Schwanke Mindestlöhne im Handwerk und im Mittelstand. Es gehe nicht um irgendwelche Lohnspielereien, auch nicht darum, Löhne zu drücken. Die Löhne wachsen mit dem Markt, mit der Wirtschaft. Die könne man nicht einfach so blind in den Raum stellen. Und wenn die Region das hergibt, könne man darüber reden. Aber der Schwerpunkt der Diskussion sei die Allgemeinverbindlichkeit, die zwischen beiden Tarifpartnern erklärt wird.

Und solange das nicht der Fall ist, ist dieser Tarifvertrag nicht gesetzlich.
Der ganze Hintergrund sei, es gehe ums Geld. Die Zahlen (12 %) seien nicht an den Haaren herbeigezogen. Er komme auf 18 – 20 % Mehrkosten. Werden 10 Mio. EUR für Instandhaltung investiert, könne man sich ausrechnen, wenn man 10,90 EUR oder 14 EUR zahlt. Deswegen sei das aus seiner Sicht nicht die richtige Richtung und die Stadt könne sich das auch nicht leisten. Es würden 1 Mio. EUR mindestens mehr ausgegeben.
Die Fraktion der CDU habe lange und mit unterschiedlicher Auffassung diskutiert. Ratsherr Schwanke wirbt um Zustimmung zu der Vorlage und wiederholt, dass die Entscheidung der Tarifverbindlichkeit die Basis für die Verhandlungen sei. Da unterscheide er auch den Manteltarifvertrag ganz entscheidend von dem Lohntarifvertrag. Es sei keine Frage, wen beschneiden wir. Es sei die Frage, nach gesetzlichen Löhnen, nach den vereinbarten Mindest- und Tariflöhnen, zu zahlen. Er wolle, dass das Geld im Haushalt haushalterisch für das ausgegeben wird, wofür es vorgesehen ist. Es sollten sich alle zusammen in ein Boot setzen, zusammen rudern. Dann sei das Ziel nach vorn und dann könne das Paradies Neubrandenburg wachsen, auch die Löhne. Neubrandenburg sei eine Lohnhochburg auf einem mittleren Level.

Ratsherr **Nötzel** (fraktionslos) habe sich als Vertreter der Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft des Themas angenommen und das Feedback mittelständischer Unternehmen einer solchen Regelung für die Stadt Neubrandenburg hinterfragt. Sie hätten ihm unisono gesagt, wenn sie sich um Geschäfte mit der Stadt Neubrandenburg in Zukunft bewerben, würden sie bei einer derartigen Regelung „hinten runter fallen". Darüber seien die Unternehmen in der Region sauer, weil sie in der Regel nicht dem beschlossenen Faktum entsprechen können. Es sei ihm gesagt und auch mit einigen Rechtsstellen belegt worden, dass das, was hier mit der Vergabeordnung beschlossen wurde, zumindest erhebliche Zweifel daran bestehen, dass es rechtskonform ist mit der europäischen Rechtsprechung. Es gebe eine Reihe von Urteilen, die ähnlich gelagert sind, zu denen der Europäische Gerichtshof, aber auch Vergabekammern in Deutschland, entschieden hätten, dass eine derartige Regelung, die letztendlich auf ein freies Tarifrecht abstellt, rechtswidrig ist. Die Stadt komme auch in eine Situation, dass Rechtsstreite kommen werden. Das wisse er von einem hiesigen Unternehmer im Baubereich, der die Stadt Neubrandenburg bei der nächsten Vergabe wegen dieser Regelung verklagen wolle, unabhängig wie lange es dauert und was es kostet.
Ratsherr Nötzel bittet dem Antrag der Fraktion der CDU zu folgen und die Problematik der Tariftreue wieder herauszunehmen.
An den Oberbürgermeister gerichtet hätte er erwartet, dass die Verwaltung im Zuge der Prüfung der Rechtmäßigkeit der Beschlüsse der Stadtvertretung zumindest einen Schriftsatz erstellt hätte, in dem zu damaligen Zeitpunkt auf die rechtliche Problematik des von der Stadtvertretung geänderten Beschlusses abgestellt worden wäre.
Hat es so etwas gegeben und könne der Wortlaut dieser rechtlichen Bedenken der Stadtvertretung zugänglich gemacht werden? Warum ist dann dem Beschluss nicht rechtlich widersprochen worden, wenn es so etwas gibt?

Nach seiner Erinnerung habe in der Sitzung der Stadtvertretung im April Herr Meyer zu Schlochtern über seine Prüfungsergebnisse informiert, antwortet Herr **Witt**, Oberbürgermeister. Es müsste in der Niederschrift nachzulesen sein, dass es rechtlich keine Notwendigkeit gibt, dass der Oberbürgermeister diesbezüglich Widerspruch einlegt. Herr Meyer zu Schlochtern hatte an dieser Stelle auch erinnert, dass die Stadtvertretung durch einen sogenannten überholenden Beschluss den Beschluss vom 26. März zurückziehen kann.

Möglicherweis könne Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) die Frage von Ratsherrn Nötzel auch beantworten. Herr Meyer zu Schlochtern als Justiziar der Stadt habe hier Ausführungen gemacht und habe auch dazu ausgeführt, dass es sehr wohl rechtliche Bedenken geben

könnte, wenn es so aufgefasst wird, wie es hier offensichtlich von einigen Mitgliedern der Stadtvertretung und auch Teilen der Verwaltung aufgefasst wird. Fakt ist, dass der EuGH bereits im Jahre 2008/2009 das sogenannte Rüffert-Urteil gefällt hat. In diesem Urteil werde eindeutig auf die Allgemeinverbindlichkeit hingewiesen. Alle Tarifverträge, die für allgemeinverbindlich erklärt sind vom Ministerium für Arbeit und Soziales, werden durch Unterschrift der jeweiligen Ministerien in den Gesetzescharakter erhoben. Das heißt, sie sind zur Anwendung zu bringen. Davon gebe es derzeit in Deutschland 502.
Es werde über die Allgemeinverbindlichkeit geredet. Und genau das habe Herr Meyer zu Schlochtern auch herausgestellt.

Zur Klarstellung verdeutlicht Ratsherr Kuhnert (*während der Aussprache und nach der Beschlussfassung)*, dass der allgemeinverbindliche Tarifvertrag gemeint ist.

Wenn über die Allgemeinverbindlichkeit geredet wird, dann ergebe sich die Frage, warum der Punkt bis zum Jahresende ausgesetzt werden soll. Geprüft werden könne natürlich trotzdem. Die Verwaltung hätte im Betriebsausschuss mitgeteilt, dass ohnehin der Mindestlohn kontrolliert wurde. Das einzige, worum gebeten wurde sei, dass wirklich die allgemeinverbindlichen Tarifverträge zur Anwendung gebracht werden. Dass das in Ordnung sei, sage der EuGH.
Deswegen werbe Ratsherr Kuhnert dafür, dem Antrag der CDU nicht zuzustimmen und den Beschluss vom 26.03.2015 umzusetzen.
Einen Hinweis wolle er noch geben. Was macht das beim Bürger für einen Eindruck, wenn nach 2 Sitzungen ein einmal gefasster Beschluss wieder „umgekippt" werde, weil er vielleicht dem einen oder anderen nicht ganz genehm ist.

Für Ratsherrn **Kowalick** (DIE LINKE) werfe der Punkt 2 Fragen auf, da er in Verbindung mit Punkt 1 außer Kraft gesetzt werden würde. Somit bleibe die beschlossene Vergabeordnung bestehen bis zum Dezember, bis die Verwaltung geprüft hat.
Dann brauchten die beiden Punkte nicht beschlossen werden, sondern die Vergabeordnung könnte im Dezember wieder auf den Prüfstand.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) meint, dass Ratsherr Schwanke viel Wahres berichtet hätte, was passiert ist nach der Einbringung der Vorlage. Das seien Auslegungsarten, Unsicherheiten, auch Unkenntnis. Aber auch Politik und Leidenschaft.
Was sehr früh herausgestellt wurde, war, dass die Verwaltung den Beschluss auf ihre Zulässigkeit und Machbarkeit zu überprüfen hat.
Die Fraktion der SPD bleibe bei dem bisher gefassten, aktuell wirksamen, Beschluss. Das Aussetzen sei nicht der Wille gewesen, sondern dass angefangen wird. Der Beschluss bleibe aber auch kritisch in der Entwicklung.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird bei 14 Dafürstimmen, 16 Gegenstimmen und 7 Stimmenthaltungen abgelehnt *(das Ergebnis wird auch bei der wiederholten Auszählung festgestellt).*

Ratsherr Dr. Oppermann nimmt nach seiner Wahl zum Stellvertreter im Präsidium Platz.

TOP 53 **VI/306** Gewährung eines Darlehens des Eigenbetriebes Immobilienmanagement an die Stadt Neubrandenburg zur Liquiditätsverbesserung aus Mitteln nach dem LNOG M-V
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Finanzausschuss: einstimmig in die Stadtvertretung verwiesen.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **186/11/15**

TOP 13 **VI/267** Besetzung des Aufsichtsrates der KEG-Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Finanzausschuss: 8 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **187/11/15**

TOP 14 **VI/276** Auflösung der Stadtentwicklungsgesellschaft Neubrandenburg mbH
2 Änderungsblätter
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Schewe** (SPD) zeigt Mitwirkungsverbot an und verlässt den Beratungsraum.

Votum:
Finanzausschuss: 7 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **188/11/15**

Die Tagesordnungspunkte 15 und 16 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 15 **VI/206** Bebauungsplan Nr. 3 "Eschengrund/Trockener Weg" - 1. Änderung
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **189/11/15**

TOP 16 **VI/207** Bebauungsplan Nr. 3 "Eschengrund/Trockener Weg" - 1. Änderung
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird 31 Dafürstimmen, keiner Gegenstimme und keiner Stimmenthaltung einstimmig bestätigt.

Beschlussnummer: 190/11/15

TOP 17 **VI/248** 2 Änderungsblätter Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Veränderungssperre Nr. 21 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 118 "Einzelhandel Oststadt"
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 4 Dafürstimmen, 3 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird bei 29 Dafürstimmen, 1 Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlussnummer: 191/11/15

Die Tagesordnungspunkte 18 und 19 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 18 **VI/264** Bebauungsplan Nr. 109 "Kleine Fischerstraße"
1. vereinfachte Änderung
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 192/11/15

TOP 19 **VI/265** Bebauungsplan Nr. 109 "Kleine Fischerstraße"
1. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird bei 32 Dafürstimmen, keiner Gegenstimme und keiner Stimmenthaltung einstimmig bestätigt.

Beschlussnummer: 193/11/15

TOP 20 **VI/271** Bebauungsplan Nr. 7 "Lindenberg-Süd", 9. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **194/11/15**

TOP 21 **VI/273** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 46
"Fachmarkt/Friedrich-Schott-Straße"
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **195/11/15**

TOP 22 **VI/65** Satzung der Regionalbibliothek der Stadt Neubrandenburg
2. Lesung Einreicher: Oberbürgermeister
1 Änderungsblatt

Voten:
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport: 6 Dafürstimmen
Kulturausschuss: einstimmig dafür

Beschlussfassung: Die Vorlage wird bei 34 Dafürstimmen, keiner Gegenstimme und keiner Stimmenthaltung einstimmig bestätigt.

Beschlussnummer: **196/11/15**

Die Tagesordnungspunkte 23 und 24 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 23 **VI/67** Gebührenkalkulation zur Gebührensatzung der Regionalbibliothek der Stadt Neubrandenburg
2. Lesung Einreicher: Oberbürgermeister
2 Änderungsblätter

Voten:
Finanzausschuss: 8 Dafürstimmen
Kulturausschuss: 6 Dafürstimmen

Ratsherr **Fuhrmann** (DIE LINKE) nimmt Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und begründet diesen.

Die Stadt habe nicht zu viel Geld, aber sie hätten sich auf die Fahne geschrieben, dass die Teilhabe garantiert werde. Es gebe Jahres- und Monatsbeträge, die seien für manche in der Stadt nicht zahlbar. Die, die schon benachteiligt sind, sollten unterstützt und ein Zeichen gesetzt werden. Sie erhalten 6 EUR als Bonus. Alle seien wichtig als Leser. Selbst, wenn die Verwaltung ausrechnet, dass es eine Belastung sei. Die neue Bibliothek werde bald eröffnet und das werde viele neue Leser heranziehen. Dann komme die Ersparnis, die den Empfängern dieser Sozialleistungen geboten werden, wieder herein.
Das Zeichen setzen, sie nicht genau so zu behandeln, wie Normalverdiener, tue der Stadt not. Ratsherr Fuhrmann wirbt um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) wolle auch, dass die Bürgerinnen und Bürger die Bibliothek nutzen und die Fraktion der CDU unterstütze es immer, wenn finanziell schwach gestellte Menschen an einer besonderen Stelle unterstützt werden müssen. Aber die Gebührensatzung werde deshalb geändert, weil eine HSK-Maßnahme zu erfüllen sei.
Deshalb möchte sie wissen, welche finanziellen Auswirkungen das auf die HSK-Maßnahme habe und welche Deckungsquelle benannt werden kann.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) verweist darauf, dass es unterschiedliche Varianten gebe. Entweder gebe es mehr Leser, die das nutzen (von SGB II bzw. SGB XII), dann seien es zunächst 12 EUR zusätzlich, weil es neue Leser seien.
Wenn es niemand in Anspruch nehme, dann gebe es ein Plus bei den finanziellen Auswirkungen und genauso sei es ein Plus, wenn 100 neue Leser gewonnen werden. Auch die Verwaltung benenne keine konkrete Summe. Sie gehe aus von gleichbleibenden Nutzerzahlen.
Er könne es nicht ausrechnen.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) ergänzt, dass im Kulturausschuss im April bereits Konsens darüber war, ein Ausschuss aber keine Vorlage einbringen dürfe. Sonst wäre genau diese Vorlage vom Kulturausschuss eingebracht worden.
Die finanziellen Auswirkungen seien nicht dabei auf den 4/5-stelligen Bereich berechnet worden. Das Zeichen sei dem Kulturausschuss wichtig gewesen.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** nehme zur Kenntnis, dass die finanziellen Auswirkungen derzeit nicht erfasst werden können.

Sie bittet die Verwaltung, die Anträge auf Ermäßigung separat zu erfassen, sodass man ein Gefühl dafür bekomme, ob das etwas kostet oder tatsächlich Mehreinnahmen durch mehr Leser zu verzeichnen sind.
Ratsfrau **Schult** (DIE LINKE) verweist auf ihre Anfrage an die Verwaltung mit verschiedenen Fragen zur Bibliothek. Die Frage, welche Größenordnung bei der Ermäßigung eingeschätzt werde, habe die Verwaltung mit ca. 200 Nutzern und etwa 1.200 EUR pro Jahr beziffert.

Die Initiative ging vom Finanzausschuss aus, meint Ratsherr **Münzberger** (SPD). Die Gebührensatzung trete am 01.01.2016 in Kraft, sodass noch nicht abgeschätzt werden könne, wie viele Mehreinnahmen im kommenden Jahr sein werden.
Es sollte darum geworben werden, dass sich in erster Linie mehr Leser realistisch in der Bibliothek anmelden. Niemand dürfe ausgeschlossen werden.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **197/11/15**

TOP 24 **VI/66** Gebührensatzung der Regionalbibliothek der Stadt Neubrandenburg
2. Lesung Einreicher: Oberbürgermeister
2 Änderungs-
blätter

Votum:
Finanzausschuss: 6 Dafürstimmen, 2 Stimmenthaltungen
Kulturausschuss: 2 Dafürstimmen, 4 Stimmenthaltungen

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

Es wird folgende Ergänzung im § 5 Abs. 3 vorgenommen:

„... sowie Empfänger von Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII"

Der § 5 Abs. 3 lautet wie folgt:

(3) **Anspruch auf Ermäßigung bei der in Absatz 2 genannten Gebührenart haben bei Vorliegen einer entsprechenden Bescheinigung volljährige Schüler, Studierende, Auszubildende, Bundesfreiwilligendienstleistende, Jugendliche, die ein freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr leisten und Schwerbehinderte sowie Empfänger von Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII.**

Abstimmung über den Änderungsantrag: Der Änderungsantrag wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird bei 34 Dafürstimmen, keiner Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Beschlussnummer: 198/11/15

TOP 25 **VI/278** Aufhebung Beschluss der Ratsversammlung Nr. 370/35/92 vom 17.12.92 über den Kinderspielplatzentwicklungsplan
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen
Betriebsausschuss: einstimmig dafür

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 199/11/15

TOP 26 **VI/277** Spielplatzentwicklungskonzept
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport: einstimmig dafür
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen
Betriebsausschuss: einstimmig dafür

Dass es das Konzept gibt, sei wichtig, aber Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne_Piraten)

bedauert und vermisst einen weiteren innovativen Anteil in diesem Konzept. Das sei in verschiedenen Ausschüssen angesprochen worden, ein Passus sei die Erweiterung von Spielplätzen über Kinder- und Jugendspielplätze hinaus. Viele Städte gingen den Weg und nutzen Spielplätze als Mehrgenerationenbegegnungsplätze, wo nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Senioren Angebote geschaffen werden. In diesem Konzept finde sich nur an einer Stelle ein Hinweis auf so einen Mehrgenerationenspielplatz. Das finde er schade. Man sollte auch schauen: Was ist der Trend? Was gibt es? Das sei hier verpasst worden und habe in der Diskussion leider keinen Nachhall gefunden. Der Vorlage werde er trotzdem zustimmen.

Herr **Schwabe**, Betriebsleiter SIM, denkt, dass die Chance nicht verpasst wurde. Es gebe jetzt die Konzeptphase. Dem, was Ratsherr Dr. Kirchhefer anspreche, stelle sich die Verwaltung bei der Planung (bei Neubau, Austausch) und werde sich der Sache widmen. Es sei nicht Inhalt des Konzeptes, hier Projektplanung zu machen. Das Konzept lasse alle Möglichkeiten offen und in den Ausschüssen könne in die Planung eingesehen und neue Ideen eingebracht werden. Weil genau diese Dinge, die angesprochen wurden, aufgenommen werden können. Das sei durch die heutige Beschlussfassung nicht ausgeschlossen.

Natürlich könne man immer wieder noch etwas verändern, so Ratsherr **Dr. Kirchhefer**. Aber hier werde ein Konzept vorgelegt und ein Konzept sei etwas, was festgestellt, festgeschrieben und beschlossen wird. Seine Erfahrung mit diesem Thema sei aber, dass die Einwände in den verschiedenen Ausschüssen geäußert und „abgebügelt" wurden. Wenn man das wollte, könnte man es sehr gut in ein Konzept schreiben, in welche Richtung es entwickelt werden soll. Dass an bestimmten Orten etwas Bestimmtes entstehen soll, habe er nicht gesagt. Er wünschte sich, dass die konzeptionelle Öffnung in ein Konzept schon aufgenommen wird.

Diesem Konzept liege ein Maßnahmeplan bei, antwortet Herr **Schwabe** und er könne zusichern, dass alles das, was an neuen Planungen kommt, in den Ausschüssen vorgestellt und diskutiert werde. Dass Ratsherr Dr. Kirchhefer den Eindruck hatte, Ideen würden abgebügelt, tue Herrn Schwabe leid.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) stellt fest, dass gerade ein Plan außer Kraft gesetzt und ein Konzept ins Leben gerufen wurde. Er sei froh, dass der Betriebsausschuss sich ständig mit dem Konzept befassen kann und es weitergeschrieben werde. Ähnlich wie der Feuerwehrentwicklungsplan sollte das Thema auch alle fünf Jahre auf die Tagesordnung genommen werden.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) verweist darauf, dass das Thema mehrfach im Betriebsausschuss diskutiert wurde. Seine Enkel in Broda würden gerne auf die Spielplätze gehen, generationenübergreifend gemeinsam mit Eltern und Großeltern. Sie seien auch seine „Kontrollpolizei". Er sehe das ganz unverkrampft.

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) informiert, dass auch im Ausschuss für Generationen über die Thematik gesprochen wurde. Sie hatte angeregt, dass vor allem Kinder und Jugendliche mit an den Tisch geholt werden müssen, wenn bei der Umsetzung über Details gesprochen wird. Sie wolle anregen, dass das nicht außer Acht gelassen wird.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, wirbt um Zustimmung zur Beschlussvorlage. Es handle sich um ein Entwicklungskonzept, das die Rahmenbedingungen festlegt und keine Einzelheiten. Bei seinen bisherigen Begehungen gemeinsam mit dem Städtischen Immobilienmanagement vor Ort seien von den Kindern und Jugendlichen, aber auch von den Erwachsenen, die Bedarfe ermittelt worden.

Dabei sei sehr deutlich geworden, dass der Trend weg von komplizierten Kinderspielgeräten mehr zu allgemeinen einfacheren Spielgeräten geht und vor allem zu Orten der Begegnung. So sei es ihm z. B. in Küssow direkt übermittelt worden.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **200/11/15**

TOP 27 **VI/199** 2. Lesung — Satzung der Stadt Neubrandenburg für die kommunalen Friedhöfe (Friedhofssatzung)
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport: 9 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung
Betriebsausschuss: 7 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschlussfassung: Die Vorlage wird bei 35 Dafürstimmen, keiner Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlussnummer: **201/11/15**

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 17:55 Uhr geschlossen.

Irina Parlow
Stadtpräsidentin

Doris Gartz
stellvertretende Stadtpräsidentin

Marion Lippold
Protokollantin

Wahlniederschrift

Wahl der/des Beigeordneten der Stadt Neubrandenburg auf der 11. Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Neubrandenburg am 2. Juli 2015

Anlage 2

Wahlgang-Nr.	1
Wahlberechtigte	42
Wähler	38
Abgegebene Stimmen	38
Gültige Stimmen	37
Ungültige Stimmen	1

Name, Vorname		Name, Vorname	
Hinterer, Michael	10 Stimmen	Scheve, Anja	14 Stimmen
Hodemann, Peter	13 Stimmen		Stimmen

○ Gewählt wurde _____ mit _____ Stimmen.

○ Die nach § 40 Abs. 1 der KV M-V erforderliche Mehrheit wurde nicht erreicht. Ein erneuter Wahlgang ist durchzuführen.

Neubrandenburg, den 2. Juli 2015

Wahlvorstand

Name Kowalick, Dieter Unterschrift: [signature]

Name Luttkus, Wilfried Unterschrift: [signature]

Name Münzberger, Frank Unterschrift: [signature]

Wahlniederschrift

Wahl der/des Beigeordneten der Stadt Neubrandenburg auf der 11. Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Neubrandenburg am 2. Juli 2015

Anlage 3

Wahlgang-Nr.	2
Wahlberechtigte	42
Wähler	38
Abgegebene Stimmen	38
Gültige Stimmen	38
Ungültige Stimmen	

Name, Vorname		Name, Vorname	
Hintzer, Michael	8 Stimmen	Scheve, Anja	14 Stimmen
Mollemann, Peter	16 Stimmen		Stimmen

○ Gewählt wurde _____ mit _____ Stimmen.

○ Die nach § 40 Abs. 1 der KV M-V erforderliche Mehrheit wurde nicht erreicht. Ein erneuter Wahlgang ist durchzuführen.

Neubrandenburg, den 2. Juli 2015

Wahlvorstand

Name Kowalick, Dieter Unterschrift: [signature]

Name Cuttkus, Wilfried Unterschrift: [signature]

Name Münzberger, Frank Unterschrift: [signature]

Wahlniederschrift

Wahl der/des Beigeordneten der Stadt Neubrandenburg auf der 11. Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Neubrandenburg am 2. Juli 2015

Anlage 4

Wahlgang-Nr.	3
Wahlberechtigte	42
Wähler	38
Abgegebene Stimmen	38
Gültige Stimmen	38
Ungültige Stimmen	

Name, Vorname		Name, Vorname	
Hoffmann, Peter	25 Stimmen		Stimmen
Scheve, Anja	13 Stimmen		Stimmen

○ Gewählt wurde Peter Hoffmann mit 25 Stimmen.

○ Die nach § 40 Abs. 1 der KV M-V erforderliche Mehrheit wurde nicht erreicht. Ein erneuter Wahlgang ist durchzuführen.

Neubrandenburg, den 2. Juli 2015

Wahlvorstand

Name Kowalick, Dieter Unterschrift:

Name Lutkus, Wilfried Unterschrift:

Name Künzberger, Frank Unterschrift:

Anlage 5

Wahlniederschrift

Änderung des Beschlusses 2/01/14
Wahl der Stellvertreter der Stadtpräsidenten der Stadtvertretung Neubrandenburg auf der 11. Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Neubrandenburg am 2. Juli 2015

Wahlgang-Nr.	1
Wahlberechtigte	42
Wähler	38
Abgegebene Stimmen	38
Gültige Stimmen	0
Ungültige Stimmen	3

Name, Vorname		Name, Vorname	
Dr. Oppermann, Roman	18 Stimmen		Stimmen
	Stimmen		Stimmen

Damit ist Dr. Roman Oppermann mit 18 Stimmen gewählt.

Neubrandenburg, den 2. Juli 2015

Wahlvorstand

Name Kowalick, Dieter Unterschrift:

Name Luttkus, Wilfried Unterschrift:

Name Münzberger, Frank Unterschrift: